

## Zur Person

Geboren als Kind einer Arbeiterfamilie 1981 in Eckernförde, aufgewachsen in Gettorf, heute aus beruflichen Gründen in Kiel lebend.

Nach meiner erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel »durfte« ich die raue, unsichere Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts, wie sie jüngeren Menschen heute begegnet, selbst in (fast) allen ihren Facetten erleben: Die heutige Selbstverständlichkeit trotz einer sehr gut abgeschlossenen Berufsausbildung nicht übernommen zu werden, immer wieder Phasen der Erwerbslosigkeit, Hartz IV mit Ein-Euro-Jobs und allen diskriminierenden Schikanen, Mini-jobs, ständig nur befristete Arbeitsverträge, prekäres Dasein als Honorarkraft – dies alles sind Teile auch meiner Biographie. Erst seit wenigen Jahren habe ich das Glück, in einer anständig bezahlten Beschäftigung zu sein.

Seit meiner Jugend in verschiedenen Zusammenhängen politisch aktiv, bin ich 2007 zur neugegründeten Partei DIE LINKE gestoßen. In den folgenden Jahren habe ich den Kreisverband Rendsburg-Eckernförde mit aufgebaut und war bereits hiesiger Direktkandidat zur Bundestagswahl 2009. Im vergangenen Jahr bin ich in den Landesvorstand meiner Partei gewählt worden.

## Schwerpunkte

Die Prekarisierung der Arbeitswelt hat seit den Agenda 2010-Gesetzen der damaligen rot-grünen Bundesregierung Ausmaße angenommen, die vor einigen Jahren noch undenkbar erschienen. In Deutschland ist der größte Niedriglohnsektor in Europa entstanden, über sieben Millionen Menschen arbeiten für Löhne unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. In Schleswig-Holstein sind hiervon 26 Prozent aller Erwerbstätigen betroffen, was über dem Bundesschnitt liegt und einen traurigen Rekord in den westdeutschen Bundesländern darstellt.

Nur DIE LINKE hat konkrete Vorschläge, welche die Situation der arbeitenden Menschen in diesem Land spürbar verbessern könnten:

- ein flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde
- Verbot sachgrundloser Befristungen, Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen
- Durchsetzung des Grundsatzes »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!« bei der Leiharbeit, mittelfristig die Abschaffung von Leiharbeit
- Mindestsicherung statt Hartz IV: Wer arbeitslos wird, braucht gesicherte Verhältnisse und Perspektiven – statt Almosen und Behördenwillkür
- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, Rücknahme der Rente mit 67, Mindestrente von 1 050 Euro zur wirksamen Verhinderung von Altersarmut

## Liebe Wählerinnen, Liebe Wähler,

am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Vor vier Jahren haben sich eine Menge Menschen über das Wahlergebnis geärgert. Die CDU hat schon damals auf Themenvermeidung und Personenkult gesetzt. SPD und GRÜNE haben in den letzten vier Jahren durch ihr konkretes Abstimmungsverhalten im Bundestag deutlich gemacht, dass sie keine Alternativen zu Merkels Kurs des Demokratie- und Sozialabbaus sein wollen.

DIE LINKE steht für ein Umdenken. Eine Politik, die offensichtlich nicht funktioniert, muss von Grund auf geändert werden. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, es gibt Alternativen. Deswegen:

**Am 22. September mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen!**

Ihr

Stefan Karstens

**DIE LINKE.**

Kreisverband  
Rendsburg-Eckernförde

stefan.karstens@linke-sh.de  
www.stefan-karstens.de



**DIE LINKE.**

**Stefan Karstens**

**Sozial, aktiv und  
unbestechlich.**

**Direktkandidat für  
Rendsburg-Eckernförde**

# Sie haben die Wahl ...

Zur Bundestagswahl, am 22. September 2013 ein Kreuzchen bei der LINKEN, warum nicht? Gute Schulen, Mitentscheidung über Strompreise, sozial-ökologischer Umbau in den Dörfern und Städten, Armutsbekämpfung und Frauenpower sind – genau wie der Kampf gegen die Feste Fehmarnbeltquerung und Brunsbüttel ohne Atommüll – oft wie das Bohren dicker Bretter. Doch Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, für ein gutes Leben aller lohnt sich:

- Leiharbeit und Lohndumping ist inzwischen auch in den anderen Parteien als Problem angekommen. Da waren wir lautstarke Opposition im Deutschen Bundestag und inzwischen wollen alle außer der FDP einen Mindestlohn.
- Vor vier Jahren haben wir noch ganz allein den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert.

»Einführung eines Mindestlohns, Erhöhung der Renten, Rücknahme des Renten-Einstiegs erst ab 67, ... solidarisches Gesundheitssystem durch eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, Vermögenssteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und als ersten Schritt



Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, Abzug aus Afghanistan, Verbot von Waffenexporten – das sind Entscheidungen, die eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere Sofortforderungen für einen Politikwechsel.«

Diese politische Kurzformel finden sie auf den ersten Seiten unseres Wahlprogramms. Blättern sie weiter, stellen sie fest, DIE LINKE hat ein Steuerkonzept, in dem nur große und sehr große Vermögen belastet, hingegen mittlere und kleine Einkommen entlastet werden – auch die kleinen und mittleren Unternehmerinnen und

Unternehmer, denen wir gute Dienstleistungen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verdanken haben.

Kommen Sie mit unserem Kandidaten vor Ort sowie unseren drei Spitzenkandidaten Cornelia Möhring, Marcel Mansouri, Ayse Fehimli in Schleswig-Holstein ins Gespräch. Wir sind für sie da: bei Sprechstunden unter freiem Himmel, in Wahlveranstaltungen oder unterwegs mit unseren roten Lastenfahrrädern. Für uns gilt:

## Sozial, auch nach der Wahl!

100% SOZIAL